Ressort: Politik

Bundeswehrverband: Regierung verschleiert Mali-Mission

Berlin, 26.10.2012, 01:59 Uhr

GDN - Beim Deutschen Bundeswehrverband wächst die Skepsis angesichts eines möglichen militärischen Einsatzes in Mali. "Uns treibt die Sorge um, dass die Bundeswehr wieder einmal unüberlegt und verantwortungslos in einen Einsatz entsendet wird, der Teil einer nur lückenhaften politischen Konzeption ist", sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende André Wüstner der "Welt".

Der Major gab zu bedenken, dass der Begriff "Ausbildung" auch in Afghanistan am Anfang stand. "Dieser Begriff verschleiert das, was auf die Bundeswehr auch in Mali zukommen kann, nämlich eine direkte Verwicklung in kriegerische Auseinandersetzungen." Wüstner mutmaßt außerdem, dass die Regierung in Mali nicht nur die Bekämpfung des Terrors im Auge hat. "Geht es hier vor allem um das Tilgen des Libyen-Makels", fragt der Verbandschef. "Soldaten fragen sich berechtigt, ob die Regierung sie mal wieder aus allgemein bündnispolitischen Gründen in die Wüste schickt - oder weil alleine Frankreich es so will." Auch die FDP-Verteidigungspolitikerin Elke Hoff warnt davor, unbedacht Soldaten nach Afrika zu schicken. "Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Afghanistan darf man nicht in einen Einsatz hineinstolpern, dessen politische Ziele unklar sind und für den wir keine Exit-Strategie haben", sagte Hoff der "Welt". "Nach zwölf Jahren Erfahrung in einem asymmetrischen Konflikt sollten wir uns klarmachen, wo die Grenzen militärischen Handelns liegen." Bevor sich Deutschland an einer Mission in Mali beteilige, müssten Ziel, Dauer, Zweck und der politische Endstatus feststehen. Der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Kossendey, hingegen warb um Geduld. "Im Moment steht noch gar nichts zur Entscheidung", sagte der CDU-Politiker der "Welt". Erst wenn die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton bis zum 19. November ein Einsatzkonzept vorgelegt habe, könnten sich die EU-Länder überlegen, wie und womit sie sich an einer Mali-Mission beteiligten. "Unser erstes Ziel ist eine politische Übereinkunft, keine militärische Intervention", betonte Kossendey. Und er versprach: "Sobald wir damit rechnen müssen, dass unsere Soldaten dort Waffen einsetzen müssen, ist ein Bundestagsmandat nötig." Der Verteidigungsminister stehe deswegen in gutem Kontakt mit dem Außenminister.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-1165/bundeswehrverband-regierung-verschleiert-mali-mission.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com